

Johannes Fischer

Bemerkungen zu Antje Vollmers „Vermächtnis“¹

Ich habe diesen Text mit sehr gemischten Gefühlen und Gedanken gelesen. Da ist meine Sympathie für den Menschen Antje Vollmer. Dann gibt es so manches in dem, was sie schreibt, dem ich gut zustimmen kann. Das betrifft insbesondere die Ausführungen über die verpassten Chancen in den Jahren nach 1989, als es vielleicht die Möglichkeit gab, die Blockkonfrontation zu überwinden und an ihrer Stelle eine ausgewogene Sicherheitsarchitektur in Europa zu schaffen, in die die Staaten der ehemaligen Sowjetunion einbezogen sind. Auch das, was sie über westliche Überheblichkeit schreibt, sehe ich in der Sache ähnlich

Doch dann sind da irritierende Passagen, über die ich gestolpert bin. Um hiermit zu beginnen: Da ist von „gigantischer europäischer Undankbarkeit“ die Rede, weil „die Granden Europas“ Michail Gorbatschow bei dessen Begräbnis nicht die letzte Ehre erwiesen haben. Ja wie? Wann denn ist Gorbatschow gestorben? Das war am 30. August 2022. Da führte Russland Krieg gegen die Ukraine. Kein Wort dazu, dass es dieser Krieg gewesen ist, der westliche Politiker davon abgehalten hat, nach Russland zu reisen, um am Begräbnis von Gorbatschow teilzunehmen. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass in Friedenszeiten eine lange Schlange westlicher Politiker an Gorbatschows Grab gestanden hätte, allen voran der deutsche Bundespräsident. Da geht in Antje Vollmer die Moralistin durch: Der wirkliche Grund wird verschwiegen und stattdessen eine moralische Geschichte daraus gemacht, nämlich Undankbarkeit, also moralisches Fehlverhalten, zum eigentlichen Grund stilisiert.

Es zeigt sich hier eine Tendenz, die weite Teile dieses Textes durchzieht, nämlich die Dinge ins Moralische zu ziehen und dabei die Welt in gut und böse einzuteilen. Beispielhaft hierfür ist die Gegenüberstellung von Gorbatschow und Selenskyj: „Wer sich machtpolitisch behauptet, wer seine Existenz mit blutigen Opfern und Waffen verteidigt, gilt als Bollwerk für die europäischen Ideale der Freiheit, koste es, was es wolle. Wer aber den Weg des Konsenses, der Kooperation, der Verständigung und Versöhnung sucht, gilt als schwach und deswegen als irrelevant, ja als verachtenswert. Von daher sind Gorbatschow und Selenskyj die eigentlichen Antitypen in der Frage, was es heute heißt, Europäer zu sein und europäische Tugenden zu verkörpern.“

¹ Antje Vollmer, Was ich noch zu sagen hätte ... <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ein-jahr-ukraine-krieg-kritik-an-gruenen-antje-vollmers-vermaechtnis-einer-pazifistin-was-ich-noch-zu-sagen-haette-li.320443>

Darf man so etwas einfach so hinschreiben und dabei die vollkommen verschiedenen politischen Umstände ausblenden, unter denen Gorbatschow einerseits und Selenskyj andererseits zum Handeln gezwungen waren bzw. sind? Gorbatschow musste sein Land nicht gegen eine militärische Aggression verteidigen, noch dazu gegen eine Aggression, die zum Ziel hat, das Land von der Landkarte verschwinden zu lassen und die Bevölkerung einem Umerziehungsprogramm zu unterwerfen, um ihre politische Identität auszulöschen. Das sind die von russischer Seite offiziell propagierten Ziele im Krieg gegen die Ukraine. Davon kann sich jedermann anhand von Verlautbarungen und Veröffentlichungen Putins und anderer russischer Führer überzeugen. Wie soll gegenüber einem solchen Aggressor der „Weg des Konsenses, der Kooperation, der Verständigung und der Versöhnung“ aussehen? Das wird von Antje Vollmer nirgendwo erklärt. Und stimmt es denn, dass Gorbatschow „als schwach und deswegen als irrelevant, ja als verachtenswert“ gilt? Bei wem denn? Offenbar wird dies daraus hergeleitet, dass bei Gorbatschows Begräbnis die westlichen Politiker fehlten.

Irritierend ist auch das, was Antje Vollmer über Nationalismus und Chauvinismus schreibt. Ist ein Land, das sich gegen eine militärische Aggression verteidigt, deshalb nationalistisch oder gar chauvinistisch? Das wird durch Vollmers Text nahe gelegt: „Es ist ein fataler Irrtum zu meinen, durch den Widerstand gegen die anderen imperialen Mächte gewinne der eigene Nationalismus so etwas wie eine historische Unschuld.“ Das kann nur auf die Ukraine gemünzt sein. Doch was soll hier der Ausdruck „Nationalismus“ bedeuten? Ist es schon nationalistisch, wenn ein Land seine politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität bewahren will? Antje Vollmer operiert hier mit moralisch negativ besetzten Schlagwörtern, ohne dass sie klar macht, worauf genau sich diese beziehen, und dies zu dem offensichtlichen Zweck, die Ukraine in ein schlechtes Licht zu rücken. Warum taucht in den Abschnitten, die von Nationalismus und Chauvinismus handeln, nirgendwo Russland und der Name Putin auf, wohl aber der Name Selenskyj? Ist Putins Vision von der Wiederherstellung Russlands in der Größe des alten Zarenreiches nicht das Paradebeispiel für Nationalismus und Chauvinismus, für diesen schrecklichen Rückfall ins 19. Jahrhundert? Und hat Putin nach allem, was man hört, mit dieser Vision nicht leider breiten Rückhalt bei seinen Landsleuten? Warum wird all das in Antje Vollmers Text ausgeblendet?

Was Europa verlernen müsse, so schreibt sie, sei „das ständige Verteilen von Ketzerhüten, das Ausmachen von Achsen des Bösen und von immer neuen Schurkenstaaten“ und die

„Feindbildproduktion“. Sollte hier der Grund dafür liegen, warum sie auf Putin und Russland nicht zu sprechen kommt? Will sie sich an solchem „Verteilen von Ketzerhüten“ nicht beteiligen? Wenn dies so sein sollte, dann wäre dies freilich gleichbedeutend damit, dass man die Wahrheit nicht mehr aussprechen darf, nicht über Putin und nicht über Russland, weil dies als „Verteilen von Ketzerhüten“ oder als „Feindbildproduktion“ unter moralisches Verdikt gestellt wird. Die Wahrheit wird solchermaßen der moralischen Zensur unterworfen. Direkt gefragt: Ist Putins chauvinistisches Geschichtsbild, das er selbst in einem bekannten Aufsatz in unmissverständlicher Klarheit dargelegt hat, eine Realität, mit der man rechnen muss, oder ein bloßes „Feindbild“, das „der Westen“ in die Welt setzt?

Zu der eigentlich zentralen Frage, wie man im Ukraine-Krieg mit Putins Russland zu einem Frieden gelangen kann, der nicht einfach auf eine Kapitulation vor dessen Chauvinismus und somit auf eine Ermutigung für künftige Eroberungen hinausläuft, findet man in Antje Vollmers Text nichts. Der Außenministerin wird attestiert, dass „ihre Begründungen ... durch argumentative Schlichtheit“ verblüffen. Doch in Antje Vollmers Text findet man überhaupt kein Argument, mit dem gezeigt würde, dass der von ihr vertretene absolute Pazifismus eine erfolgreiche politische Strategie ist, um mit einem Regime wie dem gegenwärtigen russischen Regime wirklichen Frieden zu erreichen.

Antje Vollmer ist keine im eigentlichen Sinne religiöse Pazifistin, sondern sie ist eine politische Pazifistin, und ihr Text ist ein gutes Beispiel für die Aporie, die den politischen Pazifismus kennzeichnet. Der religiöse Pazifismus ist eine spirituelle Haltung, die darauf gerichtet ist, den Geist des Friedens in die Welt zu tragen, indem Gewalt nicht mit Gewalt erwidert wird, im Vertrauen darauf, dass Gott durch diesen Geist in der Welt wirkt und seinen Schalom herbeiführt. Das ist mit der Bereitschaft verbunden, in einer Welt voller Gewalt auch das Martyrium zu erleiden. Der religiöse Pazifismus gibt sich keinen Illusionen über die Welt hin. Er weiß um das abgrundtief Böse in der Welt.

Das ist anders beim politischen Pazifismus. Dieser begreift sich selbst als eine politische Strategie, um Frieden zu schaffen ohne Waffen, auf dem „Weg des Konsenses, der Kooperation, der Verständigung und Versöhnung“, wie Antje Vollmer es formuliert. Das setzt freilich voraus, dass die Welt so beschaffen ist, dass diese Strategie auch zum Erfolg führen kann. Daher neigen politische Pazifisten dazu, sich die Welt schön-zu-denken. Radikal Böses, mit dem Konsens, Kooperation, Verständigung oder Versöhnung von vorneherein gar nicht möglich sind, darf es

in dieser Welt nicht geben, denn das wäre gleichbedeutend mit dem Scheitern und der Erfolglosigkeit der pazifistischen Strategie.

Gerade im evangelisch-kirchlichen Milieu ist diese Realitätsverleugnung verbreitet. Exemplarisch hierfür ist die Kundgebung der EKD-Synode zu Gerechtigkeit und Frieden im Jahr 2019 in Dresden, mit der sich die Mitglieder der Synode auf einen konsequenten Weg der Gewaltlosigkeit und die Absage an militärische Rüstung verpflichtet haben.² Darin heißt es: „Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, Gemeinschaften und Staaten in der Lage sind, Probleme und Konflikte in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens auf konstruktive und gewaltfreie Weise zu bearbeiten. Es gibt erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten – in Friedenszeiten wie in Krisen- und Kriegssituationen. Auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens hören wir Gottes Ruf in die Gewaltfreiheit. Wir folgen Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Dieser Weg transformiert Feindschaft und überwindet Gewalt, und er achtet die Würde aller Menschen, auch die von Gegnerinnen und Gegnern.“

Auch in dieser Passage geht es um politischen Pazifismus, nämlich um „erprobte Konzepte und Instrumente dafür, Wege aus Gewalt und Schuld zu finden, einander vor Gewalt zu schützen und Versöhnungsprozesse zu gestalten“ – auch in „Kriegssituationen“. Doch ist die Welt so beschaffen, wie es in diesen Sätzen behauptet wird? Welche erprobten Konzepte und Instrumente hätte es gegeben, um mit dem menschenverachtenden Terrorregime des Islamischen Staats (IS) im Irak und in Syrien „Wege aus Gewalt und Schuld zu finden“ und „Versöhnungsprozesse zu gestalten“? Und was wären die Konzepte und Instrumente am Vorabend des Zweiten Weltkriegs im Blick auf Hitler-Deutschland gewesen? Was sind die Konzepte und Instrumente heute im Blick auf Putins Krieg gegen die Ukraine?

Wenn die Welt so beschaffen wäre, wie es in diesen Sätzen behauptet wird, dann wäre der politische Pazifismus verpflichtendes ethisches Gebot. Aber was ist, wenn die Welt nicht so beschaffen ist, sondern vielmehr so, wie Dietrich Bonhoeffer dies in seiner *Ethik* im Kapitel über die „Struktur verantwortlichen Lebens“ reflektiert, nämlich dass Menschen in Situationen verstrickt werden können, in denen jede Entscheidung Schuld bedeutet, sowohl die Anwendung von Gewalt mit all ihren Folgen als auch der Verzicht darauf, einem Aggressor mit Gewalt zu

² <https://www.ekd.de/kundgebung-ekd-synode-frieden-2019-51648.htm>

widerstehen, um Menschen vor Misshandlung, Vergewaltigung, Folter, Gewissensterror oder Mord bis hin zum Genozid wie seinerzeit an den Jesiden zu retten? Bonhoeffer insistierte darauf, dass eine christliche Ethik sich vor einem solchen Dilemma nicht drücken dürfe, sondern dass sie dem Kriterium der „Wirklichkeitsgemäßheit“ genügen müsse. „Kein Mensch hat den Auftrag, die Welt zu überspringen und aus ihr das Reich Gottes zu machen.“ Für Bonhoeffer gehört daher zur Struktur verantwortlichen Lebens „die Bereitschaft zur Schuldübernahme“, und er schreibt dies gerade mit Blick auf das Problem der Gewalt. Bei Antje Vollmer trifft man nirgendwo auch nur im Ansatz auf eine derartige Reflexion. Für sie gibt es offensichtlich keine derartigen Dilemmata, sondern es gibt immer einen Weg des Guten und dementsprechend lässt sich die Welt eindeutig in gut und böse aufteilen. Der politische Pazifismus ist das Gute, der bewaffnete Widerstand gegen eine militärische Aggression ist das Böse, das es zu überwinden gilt. Hauptsache, man steht auf der Seite des Guten.

„Es ist eine Zumutung sondergleichen, die an jeden, der das Problem einer christlichen Ethik auch nur zu Gesicht bekommen will, gestellt werden muss, die Zumutung nämlich, die beiden Fragen, welche ihn überhaupt zur Beschäftigung mit dem ethischen Problem führen: „wie werde ich gut?“ und „wie tue ich etwas Gutes?“ von vorneherein als der Sache unangemessen aufzugeben ...“, so schreibt Bonhoeffer in seinen Ethikmanuskripten. Er hat auf dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweitem Weltkrieg die Gefahren des Moralismus und der hieraus resultierenden Realitätsverleugnung sehr scharf gesehen. Wer sein Leben an der Frage ausrichtet: „wie werde ich gut?“, der darf die dilemmatische Struktur der Wirklichkeit nicht an sich heranlassen. Er muss sie fliehen

Letztlich geht es um das Verhältnis von Moral und Politik und um die Einsicht, dass beides in einer tiefen Spannung zueinander steht. Gerade die Grünen haben sich mit dieser Einsicht lange schwer getan, und dass Robert Harbeck und Annalena Baerbock sie vollzogen haben, wird ihnen von Antje Vollmer als Verrat an den grünen Idealen ausgelegt. Man muss sich hierzu vergegenwärtigen, dass die Sphäre des Politischen strukturell geprägt ist durch die Eigenart politischer Gemeinwesen. Zu deren Wesensmerkmalen gehört die Differenz zwischen denen, die ihnen zugehören, d.h. ihren Bürgerinnen und Bürgern, und denen, die ihnen nicht zugehören. Insofern gehört Exklusion zum Wesen des Politischen. Da politische Gemeinwesen territorial verfasst sind, wird mit jener Differenz zugleich eine Grenze gezogen zwischen denen, die ein Recht haben, auf dem betreffenden Territorium zu leben, und denen, die kein solches Recht haben, es sei denn, es wird ihnen ein entsprechendes Aufenthaltsrecht gewährt. Für die

Existenz und Bestandserhaltung politischer Gemeinwesen ist es dabei wesentlich, dass sie souverän darin sind, selbst die Kriterien festzulegen, die darüber entscheiden, wer zugehörig ist und wer nicht und wer eine Chance bekommen oder ein Anrecht darauf haben soll, geduldet oder aufgenommen zu werden. Michael Walzer hat politische Gemeinwesen in dieser Hinsicht mit Vereinen verglichen, die ebenfalls nur existieren und auf Dauer bestehen können, wenn ihre Mitglieder die Entscheidungshoheit darüber haben, wen sie aufgrund welcher Kriterien als Mitglied aufnehmen.³ Auf Dauer behaupten können sich politische Gemeinwesen dabei nur, wenn sie ihre Souveränität gegenüber Versuchen, diese zu unterlaufen oder ganz zu beseitigen, verteidigen und die Regeln für Zugehörigkeit und Aufenthaltsrechte auch durchsetzen, wozu zum Beispiel der Schutz ihrer Außengrenzen gegen illegale Einwanderung gehört. In einer Welt voller Flucht und Migration sind damit Konflikte unvermeidlich. Auch die Fähigkeit, sich gegen einen potentiellen Aggressor angemessen verteidigen zu können, ist Voraussetzung für die Wahrung der Souveränität und Bestandserhaltung eines politischen Gemeinwesens. Das erleben wir gerade in der Ukraine.

Aus einer moralischen Perspektive kann man das alles ganz furchtbar und hochproblematisch finden. Die Frage ist jedoch, wie menschliches Zusammenleben gedeihen können soll ohne seine politische Organisation und Gestaltung. Hannah Arendt hat es in Anbetracht der vielen Staatenlosen zu ihrer Zeit als das grundlegendste Recht eines jeden Menschen bezeichnet, Rechte zu haben. Doch politische Rechte gibt es nur dank politischer Gemeinwesen, die sie innerhalb ihrer Grenzen in Geltung setzen und gewährleisten. Auch die universellen Menschenrechte erlangen Wirksamkeit nur dann, wenn sie in staatliches Recht übernommen und innerhalb von dessen Geltungsbereich beachtet und durchgesetzt werden. Man sieht dies *ex negativo* an Staaten, in denen Menschenrechte systematisch missachtet werden. Wer will, dass Menschen Rechte haben, der muss daher politische Gemeinwesen mit einer funktionierenden Rechtsordnung wollen. Damit aber ist unvermeidlich das Problem von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit bzw. Exklusion gegeben, und ebenso all das andere, was für den Bestand und die Selbstbehauptung politischer Gemeinwesen einschließlich ihrer Verteidigung gegenüber Aggressoren, die Menschenrechte mit Füßen treten, erfordert ist.

Diese wenigen Bemerkungen müssen genügen, um zu verdeutlichen, dass zwischen Moral einerseits und Politik andererseits ein fundamentales Spannungsverhältnis besteht. Aus einer

³ Michael Walzer, Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1992. Zum Problem der Zugehörigkeit bzw. Nichtzugehörigkeit als einem Gerechtigkeitsproblem vgl. besonders S. 65–108.

moralischen Perspektive betrachtet ist es nicht wesentlich, ob jemand Deutscher oder Afghane ist. Wesentlich ist, dass er ein Mensch ist, dem das geschuldet ist, was Menschen moralisch geschuldet ist. Aus einer politischen Perspektive betrachtet macht es hingegen einen entscheidenden Unterschied, ob jemand Deutscher oder Afghane ist. Davon hängt ab, welche politischen Rechte er in Deutschland hat. Ebenso besteht ein fundamentales Spannungsverhältnis zwischen Moral und Politik in der Frage der Gewalt.

Vor dem Hintergrund dieser Verfasstheit der Sphäre des Politischen zeigt sich die Bedeutung, die dem Völkerrecht für die Gewährleistung des Friedens zwischen Staaten zukommt. Das war die zentrale Idee bei der Gründung der UN, das Verhältnis zwischen den Staaten zu verrechtlichen und auf diese Weise die Ausübung von Gewalt eines Staates gegen einen anderen einzudämmen und nach Möglichkeit zu verhindern. Frieden schaffen nicht durch Moral, sondern durch sanktionsbewehrtes Recht. Ein jeder Staat muss wissen, dass er mit einem Rechtsbruch, wie ihn Russland gegenüber der Ukraine begangen hat, nicht durchkommt, sondern dass er damit die internationale Gemeinschaft gegen sich hat. Nur so kann verhindert werden, dass Russlands Beispiel Schule macht und auch andere Staaten das Recht des Stärkeren für sich in Anspruch nehmen, wann immer sich die Gelegenheit dazu bietet. Von alledem findet sich in Antje Vollmers Text nichts. Er liest sich wie der Text eines im Tiefsten unpolitischen Menschen, der die Welt durch eine moralische Brille betrachtet und seine Sympathien und Antipathien für Politiker wie Gorbatschow oder Selenskyj hiernach verteilt und der sich überhaupt die Verbesserung der Welt von der Moral erhofft in Gestalt eines absoluten Pazifismus.

Was mich am meisten irritiert: Antje Vollmer ist 1943 geboren, ich 1947. Wie kann jemand, der unserer Generation angehört, sich die Geschichte unseres Landes so aus dem Gedächtnis schlagen, nämlich dass Hitler, dass dem Holocaust, dass der Ermordung von Millionen von Menschen in Deutschland, Polen, der Sowjetunion und ganz Europa nur durch den militärischen Sieg der Alliierten ein Ende gemacht werden konnte, einem Sieg, der ungeheure Opfer gefordert hat, allein in der Sowjetunion um die 25 Millionen Menschen? Wie kann man in unserer Generation so naiv sein zu glauben, Hitlers Vernichtungsfeldzüge hätten auch durch Gewaltverzicht gestoppt werden können? Das will mir nicht in den Kopf. „Nie wieder Krieg“: das ist ein unglaublich berührender Satz, besonders nach den Entsetzlichkeiten des Zweiten Weltkriegs. Wer möchte diesem Satz nicht aus ganzer Seele zustimmen? Aber Frieden zu schaffen, das ist nicht eine Sache des friedensbewegten Sich-gut-Fühlens oder des moralischen

Auf-der-richtigen-Seite-Stehens, sondern es verlangt die ganze Anstrengung der politischen Vernunft. Diese sucht man in Antje Vollmers Text vergeblich